



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0749

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:
20.09.2023 BVV

BVV/017/IX

Betreff: Müll und Mobilität – Miteinander statt Gegeneinander

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht,
zur dauerhaften Gewährleistung einer kontinuierlichen Müllentsorgung, bei Hausausfahrten
mit abgesenkten Bordsteinen beidseitig zum Parkverbotsbereich jeweils einen Fahrradbügel
aufzustellen.

Hinsichtlich der Anordnung und Abstände der beiden Fahrradbügel soll die Auswahl
geeigneter Standorte mit der Berliner Stadtreinigungsbetriebe AöR (BSR) und der Berliner
Feuerwehr abgestimmt werden.

Berlin, den 12.09.2023

Einreicher: Fraktion der SPD,
Mike Szida, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Für Ausfahrten mit abgesenkten Borsteinen gilt gemäß StVO ein generelles Parkverbot. Dennoch werden Hausausfahrten in den Gründerzeitvierteln häufig zugeparkt und Beschilderungen „Einfahrt freihalten“ beflissentlich ignoriert in dem Wissen, dass diese Hausausfahrten von Kfz überhaupt nicht mehr genutzt werden. Weniger bedacht wird hingegen, dass die BSR regelmäßig Probleme bei der Müllentsorgung hat, wenn durch die blockierte Ausfahrt die großen Mülltonnen nicht zu den Entsorgungsfahrzeugen gelangen können. Dies hat zur Folge, dass regelmäßig der Müll nicht abgeholt wird und vor Ort verbleibt.

Die BSR ist an einer dauerhaften Lösung sehr interessiert und behilft sich bis dahin an ausgewählten Orten mit sog. Transportüberwegen. Neben der Beeinträchtigung des Stadtbildes haben diese provisorischen Transportüberwege jedoch den Nachteil, dass diese teuer und nicht flächendeckend verfügbar sind. Darüber hinaus müssen Anzahl und Konditionen für diese Transportüberwege jeweils durch die Bezirke genehmigt werden und insbesondere der Bezirk Pankow ist gegenüber der Stadtmöblierung, zu der die Transportüberwege zählen, nicht sonderlich aufgeschlossen.

Neben der Lösung o. g. Problematik wird mit diesem Antrag zugleich dem im Innenstadtbereich stetig wachsende Bedarf an Fahrradstellplätzen begegnet, insbesondere in Bereichen mit geringeren Gehwegbreiten, die eine Montage von Fahrradbügeln erschweren. Letztlich ist diese Variante für den Bezirk kostengünstig und zeitnah umzusetzen. Die Errichtung von Fahrradbügeln wird von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU) bezahlt und ist deutlich schneller zu realisieren als eine, später immer noch mögliche, Errichtung von Gehwegvorstreckungen.